[Was bedeutet das alles?]

Stephan Lessenich

Grenzen der Demokratie

Teilhabe als Verteilungsproblem

Reclam

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK Nr. 19625
2019 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,
Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen
Gestaltung: Cornelia Feyll, Friedrich Forssman
Druck und Bindung: Kösel GmbH & Co. KG,
Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell
Printed in Germany 2019
RECLAM, UNIVERSAL-BIBLIOTHEK und
RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK sind eingetragene Marken
der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart
ISBN 978-3-15-019625-0

Auch als E-Book erhältlich

www.reclam.de

Inhalt

1 Postdemokratie? 7
2 Öffnen und Schließen 19
3 Oben gegen Unten 39
4 Hinz gegen Kunz 49
5 Innen gegen Außen 60
6 Alle gegen Eine 70
7 Die Angst vor der Demokratie 81
8 Solidarität! 96

Anmerkungen 111
Literaturhinweise 115
Zum Autor und Danksagung 119

1 Postdemokratie?

Demokratie – wer wäre nicht dafür? ›Demokratie‹ ist ein allseits anerkannter Hochwertbegriff, möglicherweise *der* Hochwertbegriff der westlichen Moderne schlechthin. Moderne Gesellschaften sind demokratische Gesellschaften: Diese schlicht anmutende Gleichung ist grundlegender Bestandteil des modernen Selbstverständnisses. Erst die fortschreitende gesellschaftliche Demokratisierung hat weitere Grundwerte wie Freiheit und Gleichheit allgemein zu realisieren erlaubt. Erst sie hat ›moderne‹ Gesellschaften tatsächlich, im Sinne ihrer historisch zeitgemäßen Verfasstheit, *modern* werden lassen.

Integration trotz Differenz, Einheit in der Vielfalt, Selbstbestimmung in Gemeinschaft: All diese scheinbar widersprüchlichen Leitideen moderner Vergesellschaftung sind an die ›Erfindung‹ und Existenz demokratischer Institutionen und Verfahren gebunden. Winston Churchills berühmter Ausspruch, die Demokratie sei das kleinste Übel unter den bekannten Formen politischer Regierung,[1] trifft in seiner nüchternen, sich jeder idealisierenden Emphase enthaltenden Zuspitzung den Punkt gut: Es ist die Demokratie, die die ansonsten reichlich unwahrscheinliche Tatsache der sozialen Beherrschbarkeit gesellschaftlicher Komplexität überhaupt möglich macht.

Dass Demokratie, allen wiederkehrenden Kritiken an ihrer Funktionalität zum Trotz, normativ nach wie vor einen guten Stand hat, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass kaum jemand als un- oder gar antidemokratisch gelten möchte. Nicht zufällig reklamieren selbst ausgewiesene Autokraten das Gütesiegel für sich und ihre Intentionen. Die »gelenkte

Demokratie«, für die heute das Russland des »lupenreinen Demokraten« Putin steht, die aber schon Ende der 1950er Jahre vom damaligen indonesischen Präsidenten Sukarno praktiziert wurde, ist nur einer der zahlreichen Versuche von Regierenden aller Herren Länder, demokratische Prinzipien an nationale Gepflogenheiten bzw. an die vermeintlichen Eigenarten des jeweiligen ›Volkscharakters‹ anzupassen (sprich: diese aufzuweichen). Und sogar General Augusto Pinochet, der im Chile des Jahres 1973, unter tätiger Mithilfe eines der Mutterländer der Demokratie, die Volksdemokratie Salvador Allendes hinwegputschte und seither Tausende von Menschenleben auf dem Gewissen hatte, ließ es sich nicht nehmen, seine Regierungsweise quasi-demokratisch als eine »dictablanda« auszuweisen, also als ein sanftes politisches Diktat, das eigentlich der Bewahrung bzw. Wiederherstellung bürgerlicher Rechte diene.

Wenn daher die Demokratie mittlerweile auch hierzulande in Gefahr zu sein scheint, wenn gegenwärtig allenthalben von einer Krise, ja vom Niedergang und Verfall der liberalen Demokratie die Rede ist, dann müssen in der Tat die gesellschaftlichen Alarmglocken läuten – denn dann geht es ans Eingemachte, ans Herzstück der Moderne.

Politikverdrossenheit

Nun werden allfällige Erschöpfungserscheinungen der mindest-schlechten unter den Regierungsformen wahrlich nicht erst seit gestern öffentlich thematisiert. Ganz im Gegenteil: Die Debatte um die »Politikverdrossenheit« der Bürger*innen begleitet das politische Geschehen schon seit

langem. In der Bundesrepublik prägte der Begriff bereits Ende der 1980er Jahre die öffentliche Meinung – also noch vor dem Einsetzen etwaiger Wiedervereinigungsenttäuschungen. 1992 erklärte ihn die Gesellschaft für deutsche Sprache zum »Wort des Jahres«, das dann nur zwei Jahre später auch Eingang in den Duden fand.

Begrifflich in einem gemeinsamen Assoziationsraum mit Gefühlen der Frustration, der Unlust und der Unzufriedenheit gelagert, verweist die Diagnose der Verdrossenheit durchaus auch auf die Nähe zu sinnverwandten, aber aggressiveren Stimmungen wie Verbitterung, Groll und Zorn. Und doch blieb der wissenschaftlich-politische Verweis auf den Verdruss der Leute an ›der Politik‹ über lange Zeit und für gewöhnlich irgendwie an der Oberfläche der Phänomene: Aus grundlegender *Politik*- wurde im politischen Diskurs selbst oft die personalisierbare *Politiker*verdrossenheit, für die jede*r ohne weiteres das passende Beispiel zu finden vermochte. Oder aber sie mutierte zum Topos der *Parteien*verdrossenheit, der durch den Verweis auf allgemein anschlussfähige Stereotype des Ortsvereinslebens und der ›Ochsentour‹ scheinbare Lebensnähe suggerierte und mit einem letztlich folgenlosen, augenzwinkernden Achselzucken quittiert werden konnte.

Die offenbar schon damals populäre Distanzierung vom politischen Geschehen wurde so auch lange Zeit nicht mit einer Nähe breiter Bevölkerungskreise zu populistischen Anwandlungen in Verbindung gebracht. Vielmehr galt sie als Ausweis der Wohlstandsapathie einer mit anderen Dingen, etwa Familienplanung und Konsumhandeln, beschäftigten Bevölkerung. Oder aber sie wurde der jeweils nachwachsenden ›jungen Generation‹ zugeschrieben, der die

herrschenden demokratischen Verhältnisse schlicht selbstverständlich geworden seien und die daher, anders als noch ihre Eltern, politisch einfach auch einmal fünf gerade sein lasse. Die weniger harmlos anmutende Deutungsvariante hingegen blieb zumeist unausgesprochen: Dass sich nämlich hinter der fortschreitenden, an Wahlabenden nach jedem weiteren Rückgang der Wahlbeteiligung vor laufenden Kameras mit Krokodilstränen beklagten (und dann wieder ad acta gelegten) Entpolitisierung eine fundamentale, einstweilen passiv bleibende Systemkritik verbergen könnte.

Dem ist mittlerweile durchaus anders: Die öffentliche Sorge um die Demokratie geht heute tiefer. Bisweilen geht es ihr gar ums Ganze. Nicht selten werden historische Parallelen zu den 1920er Jahren und dem Scheitern der Weimarer Republik – als »Demokratie ohne Demokraten« – gezogen. Der Aufstieg der Neuen Rechten in Deutschland und Europa, die Verbreitung autoritärer Demokratien in den postsozialistischen Gesellschaften und die rechtspopulistische Regierungspolitik in Österreich und Italien, der öffentliche Auftritt selbst- und fremdernannter ›Wutbürger‹, die in den ›sozialen Medien‹ sich bahnbrechenden Eruptionen von Verachtung und Hass, die letztlich leerlaufende transmediale Aufregungsmaschinerie, die Unversöhnlichkeit des Umgangstons in der politischen Debatte, schließlich die bis hinein ins Private vordringende Dynamik des Kommunikationsabbruchs zwischen unvereinbar erscheinenden Meinungen: All das erinnert auch (und vielleicht gerade) den, der oder die politisch unruhige Zeiten allenfalls vom Hörensagen kennt, auf unheimliche Weise an ›früher‹.

»Postdemokratie«

In gewisser Weise hat der britische Politikwissenschaftler und Soziologe Colin Crouch quasi das Buch zu dem Film geschrieben, der vor dem geistigen Auge der um die Nachkriegsdemokratie Fürchtenden abläuft. Mit *Post-Democracy*, erstmals 2004 und vier Jahre später auch in deutscher Übersetzung erschienen,[2] hat Crouch ganz offensichtlich den Nerv der Zeit getroffen – und einen Begriff gesetzt, der nicht nur eine Flut wissenschaftlicher Folgeliteratur ausgelöst hat, sondern zur gängigen Münze auch in der politisch-medialen Debatte geworden ist. Wo heute zwei oder drei versammelt sind im Namen demokratischer Besorgnis, da ist Crouchs »Postdemokratie« nicht weit.

Als letztlich überlebt bezeichnet Crouch die real existierende Demokratie unserer Tage, weil sich hinter der Fassade einer funktionierenden demokratischen Ordnung – mit allem, was dazu gehört: Gewaltenteilung, Regierungswechsel, Parlamentsvorbehalt – faktisch eine schleichende Aushöhlung und Entwertung politischer Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse vollziehe. Der entscheidende Grund dafür sei die zunehmend ungezügelte Dominanz ökonomischer Interessen, die sich auf mindestens zweifache Weise äußere: Zum einen in Form eines allein der oberflächlichen Aufmerksamkeitsproduktion dienenden medienindustriellen Komplexes; zum anderen in Gestalt einer Heerschar von unter Ausschluss der Öffentlichkeit auf den Hinterbühnen der Politik operierenden Wirtschaftslobbyisten. Die ›eigentlichen‹ Entscheidungen, so die Essenz des Arguments, fällen nicht die von den Bürger*innen gewählten demokratischen Repräsentanten, sondern mäch-

tige Interessenvertreter*innen mit direktem Zugang zu Amtsinhabern und Administratoren, Expertengremien und Regulierungsbehörden. Dieser Sachverhalt werde dem Publikum durch ein politisches Schauspiel verhüllt, in dem es kaum mehr um Substanzielles, sondern ganz überwiegend um ›Menschliches, allzu Menschliches‹ geht: um lukrative Posten und reichweitenerweiternde *Posts* statt um inhaltliche Positionen, um das Ringen um die größte Aufmerksamkeit statt um die besten Lösungen. In einem Wort: Nicht um Politik, sondern um *Politainment*.

Jenseits des Wahrheitsgehalts dieser Analyse – und der Anschlussfähigkeit des Konzepts für kritisch-progressive ebenso wie für antidemokratisch-verschwörungstheoretische Ausdeutungen – ist hier vor allen Dingen von Interesse, vor welchem Gegenhorizont Crouchs Bild von postdemokratischen Verhältnissen seine bedrohlich-düstere Wirkung entfaltet. Als *das Andere* der postdemokratischen Gegenwart konstruiert er nämlich eine noch nicht allzu ferne Vergangenheit, in der vielleicht nicht alles besser, in jedem Fall aber die Welt der Demokratie noch in Ordnung war. Crouch selbst kondensiert seine Erzählung von Aufstieg und Fall der Demokratie in den westlichen Industriegesellschaften in der Figur einer Parabel: Während diese über Jahrzehnte hinweg beständig mehr Demokratie gewagt hätten, stellten die 1970er Jahre einen historischen Wendepunkt dar, seit dem die demokratische Qualität der politischen Gemeinwesen Westeuropas und Nordamerikas im steten Sinkflug begriffen sei.

Als Gegenbild der Postdemokratie dient somit der Rückblick auf ein vergangenes, ›goldenes Zeitalter‹, in dem – so heißt es – eine breite, ja tendenziell gesellschaftsweite

demokratische Partizipation nachhaltig gewährleistet gewesen sei. Es war dies die Zeit der Volksparteien- und Großgruppendemokratie, eine Zeit, in der nicht nur die Wahlbeteiligung hoch war und die Wählerstimmen sich auf die politischen Repräsentant*innen der bürgerlichen und lohnabhängigen Milieus der ›Mitte‹ – auf Christ- und Sozialdemokratie, *Tories* und *Labour* – konzentrierten, sondern in der zudem Kapital und Arbeit hochgradig, im Zweifel zentral organisiert waren und als solchermaßen organisierte Interessen an demokratischen Aushandlungsprozessen mitwirkten – und zwar nicht nur im Binnenverhältnis, also mit Blick auf die sozialpartnerschaftliche Gestaltung von Produktions- und Arbeitsbedingungen, sondern, weit darüberhinausgehend, auch im Dreiecksverhältnis mit staatlichen Instanzen, die wichtige politische Vorhaben in Rücksprache und möglichst im Einvernehmen mit den maßgeblichen gesellschaftlichen Interessenorganisationen angingen – also in der »korporatistischen« Koordination mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden.

Nach allem, was man weiß, ist dieses Narrativ vom kurzen Sommer der Demokratie, hier nur leicht überstilisiert wiedergegeben, in seinem Realitätsgehalt durchaus fragwürdig. Nicht, dass es völlig aus der Luft gegriffen wäre – keineswegs. Doch in seiner Überhöhung der effektiven Beteiligung und Teilhabe des ›produktiven Kerns‹ der industriellen Nachkriegsgesellschaft an den Schaltstellen und Segnungen der korporatistischen Demokratie blendet es zumindest wesentliche Teile der sozialen Realität dieser Gesellschaft aus: Die demokratische Schattenexistenz von Frauen, Migrant*innen oder Nicht-Erwerbstätigen kommt in den retrospektiven Mystifizierungen der ›guten alten

Zeit‹ – wenn überhaupt – nur am Rande vor. Selbst eindrückliche Studien, die das sozialstrukturelle Wahlbeteiligungsgefälle zwischen sozial privilegierten und benachteiligten Milieus dokumentieren, legen häufig nahe, dass der faktische Ausschluss der ärmeren Schichten von politischer Partizipation erst mit dem Siegeszug des ›Neoliberalismus‹ eingesetzt habe.[3]

Vor allem aber hat das befremdliche Idealisieren des Korporatismus, das sich – so ein empirisch nicht systematisch überprüfter Eindruck – gehäuft im Schrifttum älterer, männlicher, sozialdemokratiezugewandter Sozialwissenschaftler findet, auch Konsequenzen, was die Frage wünschenswerter Repolitisierungs- und Demokratisierungsprozesse betrifft. Im Lichte der bedrückenden Gegenwart erscheint eine bessere Zukunft dann gleichsam als Verlängerung der Vergangenheit. Die Wiederherstellung der industriekapitalistischen Konstellation des Nationalkeynesianismus wird zum demokratiepolitischen Rettungsschirm, denn die »imaginierte Demokratie nach der Postdemokratie ähnelt in vielem der in den 1980er-Jahren verlorenen korporativen Demokratie.«[4]

Die Dialektik der Demokratie

Gegen eine solche demokratiehistorische Weiß-Schwarz-Malerei gilt es, analytisch mehr Uneindeutigkeit zu wagen. Genau dieses Ziel verfolgt das vorliegende Buch: Gegen eine zunehmend verbreitete Demokratiemelancholie, in deren schummerigem Licht die euroatlantische Nachkriegszeit als das Höchste der demokratischen Gefühle glänzt,

soll hier argumentiert werden, dass Demokratie ein zweischneidiges Schwert ist – und immer schon gewesen ist. Denn demokratisch verfasste politische Gemeinwesen ziehen dem sozialen Raum der Berechtigung grundsätzlich Grenzen. Der gesellschaftshistorischen Bewegung hin zu ›mehr Demokratie‹ ist zugleich eine Gegenbewegung eingelagert, eine gegenläufige Bewegung der Begrenzung und Beschränkung demokratischer Teilhabe. Diesen Sachverhalt bezeichne ich als *Dialektik* der Demokratie. Während Crouchs Parabel eine Generaltendenz zunächst der Zu-, sodann der Abnahme von Demokratie unterstellt, erscheint bei genauerem Hinsehen die Vorstellung einer Spiralform demokratischer Entwicklung realistischer: Das demokratische Berechtigungsniveau wird nach und nach höhergeschraubt – doch auf ihrem scheinbar kollektiven Weg nach oben lässt die Demokratie immer wieder auch ganze Kollektive zurück.

Wie kaum eine zweite ist die moderne Demokratiegeschichtsschreibung eine Erzählung der Sieger. Die Zukurzgekommenen der Demokratie, die auf der Berechtigungsstrecke Gebliebenen, sind ihr für gewöhnlich nicht der Rede wert. Die gängige Rekonstruktion von Deutschlands Weg nach Westen mag beispielhaft dafür stehen: Vom autoritären, aber doch auch protodemokratischen Kaiserreich über die erste, von Anbeginn unter einem schlechten Stern stehende Demokratie auf deutschem Boden zog der Treck, kurzfristig aufgehalten durch die Schergen des Naziregimes und zeitweilig begleitet durch den Unrechtsstaat der SED-Diktatur, über die kriegsgeläuterte und europapolitisch eingehegte Bonner hin zur wiedervereinigten, selbstbewussten Berliner Republik, in der die deutsche Demo-

kratie endlich zu sich kommt. Wenn da nur nicht noch einige ewiggestrige DDR-Nostalgiker*innen im Osten verblieben wären. Wenn dieser Höhepunkt der Demokratiegeschichte nicht unseligerweise mit dem einsetzenden Siegeszug des Neoliberalismus zusammengefallen wäre. Und wenn die vom neuen Marktradikalismus Geschädigten sich nicht zunehmend als von der real existierenden Demokratie enttäuschte, wiedergestrige Rechtspopulist*innen entpuppen würden.

So könnte man es sehen. Zugegeben: So einseitig-holzschnittartig sehen es die wenigsten. Doch moderne Demokratiegeschichte als die Geschichte vom langen, unruhigen Fluss zu erzählen, der sich seit ungefähr den 1970er Jahren in einer weiten Schleife wieder in die Gegenrichtung zu bewegen scheint: Das ist doch durchaus und im wahrsten Sinne des Wortes narrativer *Mainstream.* Die hier zu präsentierende Gegenerzählung richtet ihren Blick hingegen auf diejenigen, die von diesem langen Strom schon vor dessen vermeintlicher Umkehr nicht erfasst wurden, die an den Stromschnellen demokratischer Entwicklung ans Ufer gespült wurden und dort zurückblieben. Die Hinterbliebenen des demokratischen Fortschritts: Das sind, wenn man in einer solch pathoslastigen Bilderwelt bleiben möchte, die Held*innen dieser Gegenerzählung.

Damit ist mehr angesprochen als die in der historischen Soziologie vielfach – und fraglos zu Recht – thematisierte »Ambivalenz der Moderne«, mehr als nur ihre Doppeldeutigkeit, mehr als die Koexistenz von Modernem und Vormodernem, als die Gleichzeitigkeit von Freiheit und Zwang. Vielmehr geht es um die *innere Verbundenheit* des Gegenteiligen, um die *Gleichursprünglichkeit* des Entge-

gengesetzten – um den strukturellen Zusammenhang zwischen Ausdehnung und Begrenzung der Demokratie, um das dynamische Zusammenspiel von Prozessen der Berechtigung und Nicht-Berechtigung oder gar Entrechtung. Es geht, genauer noch, um Freiheit und Zwang, Berechtigung und Entrechtung, Teilhabe und Ausschluss als *soziale Verteilungsfragen*: Es geht darum, dass in der Geschichte der modernen Demokratie die Freiheiten der einen regelmäßig die Zwänge der anderen waren, dass die Berechtigung der einen auf der Entrechtung anderer beruhte. Oder um es auf eine Kurzformel zu bringen: Die Geschichte der Demokratisierung ist eine Geschichte von *Teilhabe durch Ausschluss*. Und zwar bis auf den heutigen Tag.

Eine die gängigen gesellschaftlichen Selbstdeutungen korrigierende, zumindest aber kontrastierende Gegenerzählung von Demokratisierung als dialektischem Prozess zielt darauf, die der modernen Demokratie von Anbeginn an innewohnende Widersprüchlichkeit zu beleuchten – und damit auch die strukturelle, alles andere als zufällige Konflikthaftigkeit der demokratischen Entwicklung zu betonen. Mit dem hier gewählten Fokus werden die Schattenseiten der »rich democracies« sichtbar, rücken die armen Verwandten der reichen demokratischen Gesellschaften des Westens ins Zentrum des Geschehens. Und es wird deutlich, dass ›Demokratie‹ mehr ist als nur eine Regierungsform.

Demokratie, in all ihren sozialen Voraussetzungen und Implikationen, ist eine Gesellschaftsform, eine gesellschaftliche Lebensweise – so wie dies Alexis de Tocqueville, der große Klassiker des soziologischen Demokratieverständnisses, schon für die Demokratie im Amerika

(sprich den USA) der 1830er Jahre zu beobachten wusste.[5] Ihr Dreh- und Angelpunkt, auch dies eine bleibende Einsicht Tocquevilles, ist das Prinzip der Gleichheit: die Idee gleicher Lebensbedingungen – und zwar für ›alle‹. An diese Bestimmung knüpft auch der vorliegende Essay an: Unter ›Demokratie‹ soll hier, in erster Näherung, das gleiche Recht aller Bürger*innen auf Teilhabe an der kollektiven Gestaltung der sie gleichermaßen betreffenden gesellschaftlichen Lebensverhältnisse verstanden werden. Die *gleiche Teilhabe an der politischen Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse*: Das mag zunächst wie ein bloß formales Demokratieverständnis anmuten. Dabei ist es eines, das es durchaus in sich hat.

2 Öffnen und Schließen

Demokratie ist kein Selbstläufer. Vielmehr war sie von jeher umstritten, und sie ist dies bis heute geblieben. Zunächst einmal – zweifellos der harmlosere Teil der Geschichte – blieb sie dies als Konzept: Neben dem der Demokratietheorie gibt es wohl kein zweites Feld sozialwissenschaftlicher Theoriebildung, das auf eine derart lange und ehrwürdige Ahnenreihe zurückblicken kann und aus dem ähnlich zahlreiche Begriffe des damit zu erfassenden Gegenstands hervorgegangen sind. Selbstverständlich jeweils unterschiedliche, miteinander konkurrierende Begrifflichkeiten. Wer ›Demokratie‹ sagt, meint damit in irgendeiner Form ein politisches Arrangement der Volksherrschaft. Doch wer das ›Volk‹ ist (das Staatsvolk, die Volksnation, die gesellschaftliche Gemeinschaft, die Zivilgesellschaft?) und was dessen Herrschaft ausmacht (die Wahl von Repräsentant*innen, die Kontrolle der Regierung, die Sicherung der Gewaltenteilung, die Entscheidung von Sachfragen?) – darüber gehen die wissenschaftlichen Meinungen weit auseinander.

Umstritten oder, mehr noch, umkämpft war und ist die Demokratie aber vor allen Dingen als soziale Tatsache. Die häufige Rede von der Demokratie als einer gesellschaftlichen ›Errungenschaft‹ kommt nicht von ungefähr: Demokratie musste historisch tatsächlich errungen, sprich: durch große Anstrengungen erreicht werden. Der moderne Prozess der Demokratisierung war immer ein soziales Ringen um Beteiligung, Mitbestimmung, Berechtigung. Die Beteiligung der Vielen, ja tendenziell ›aller‹, an politischen Entscheidungen, ihre Mitbestimmung des politischen Geschehens, ihre An-

erkennung als Bürger*innen, die etwas zu sagen und politisch ›ein Wörtchen mitzureden‹ haben: All dies war historisch keineswegs selbstverständlich. Ganz im Gegenteil, es galt lange Zeit als unerhört, das entsprechende Verlangen blieb ungehört – und musste sich dementsprechend selbst den Weg bahnen. Dass Demokratie gesellschaftlich ›errungen‹ wurde, ist als recht harmlos klingende Umschreibung für eine Entwicklung zu lesen, die immer konfliktthaft, nicht selten auch gewaltsam, ja blutig vonstatten ging.

Die Geschichte aller bisherigen Demokratie ist somit eine Geschichte politischer Kämpfe – und im Kern eine Geschichte der Klassenkämpfe. Der Kampf um die Demokratie bzw. um die Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse lässt sich rückblickend als politisch-soziale Antwort auf das Problem zunächst aristokratischer, sodann bürgerlicher Klassenherrschaft verstehen. Gegen eine Gesellschaftsordnung, in der die politischen Herrschaftspositionen jenen Wenigen vorbehalten waren, die aufgrund ihrer Familien- oder Standeszugehörigkeit ›immer schon‹ herrschten, regte sich historisch der Unmut und Widerstand eines Bürgertums, das den Zugang zu diesen Positionen nicht mehr durch Geburt, sondern nach Maßgabe von Leistung und Erfolg geregelt wissen wollte. Die wirtschaftlich aufstrebende Klasse wollte nun auch politisch das Sagen haben. Das Recht auf politische Mitsprache meinte man sich durch wirtschaftliche Anstrengung redlich erworben zu haben – und drängte mit entsprechender Macht darauf, dass Erwerb und Besitz zum neuen Fundament politischer Herrschaft werden sollten.

Gegen diese Vorstellung und zunehmend auch Realität einer bürgerlichen Demokratie wiederum richtete sich mit

der Zeit der Unmut und Widerstand einer Arbeiterschaft, die nicht ganz grundlos für sich in Anspruch nahm, mit ihrer Hände Arbeit die eigentliche Quelle des bürgerlichen Reichtums zu sein – und aus dieser Tatsache ihrerseits politische Ansprüche ableitete. Die durch Arbeitsniederlegungen sinnfällig demonstrierte Tatsache, dass alle Räder und damit auch der Mechanismus industrieller Wertschöpfung und bürgerlicher Wertaneignung stillstehen, wenn ihr starker Arm es will, gab der (insbesondere organisierten) Arbeiterbewegung die Macht, zumindest ein gewisses Maß an politischer Mitsprache für sich einzufordern. Es gelang ihr, die bürgerliche Demokratie zu demokratisieren, die Herrschaft der bürgerlichen Besitzklassen für die parlamentarische (und bisweilen auch betriebliche) Mitbestimmung der lohnabhängigen Erwerbsklassen zu öffnen. Erst auf diese Weise wurde die bürgerliche Demokratie zu jener demokratischen Ordnung, wie wir sie kennen und wie sie etwa in Artikel 28 des Grundgesetzes kodifiziert ist, der alle politisch Verantwortlichen in ihrem Handeln auf die verfassungsmäßigen Grundsätze des »republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates« festlegt.

Berechtigungsräume: Öffnung …

Worum ging es nun in dieser langen und verworrenen, hier selbstverständlich unangemessen kurz und bündig zusammengefassten Geschichte? Auf einen soziologischen Nenner gebracht – und wie bereits angedeutet – um die fortschreitende *Öffnung von Berechtigungsräumen*. Der moderne Prozess der Demokratisierung lässt sich in der

Rückschau als die schrittweise Umsetzung einer gesellschaftlichen Öffnungsprogrammatik begreifen. Demokratie als die Chance auf aktive Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse wurde tendenziell ausgeweitet, und zwar sowohl in der Sozial- wie auch in der Sachdimension: Zunehmend größeren Teilen der Bevölkerung wurde in zunehmend mehr Bereichen des gesellschaftlichen Lebens der vollwertige Bürgerstatus zuerkannt.

Exakt dies ist es, was in der Soziologie als Dynamik gesellschaftlicher *Inklusion* bezeichnet wird – und für das der Brite Thomas H. Marshall in seinem bahnbrechenden, unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg verfassten Beitrag »Citizenship and Social Class«[6] nicht nur die einschlägige Begrifflichkeit prägte, sondern gleich auch die historisch-soziologische Theorie mitlieferte. Was er als *Citizenship* bezeichnete und was mit der gängigen deutschen Übersetzung als ›Staatsbürgerstatus‹ nur unzureichend erfasst wird, ist die Gesamtheit all jener Berechtigungspositionen, die aus den fremdbestimmten Mitgliedern eines politischen Herrschaftsverbands zugleich selbstbestimmte Bürger*innen eines demokratischen Gemeinwesens werden lassen – und die letztlich die Substanz der modernen Demokratie ausmachen.

Schon im Titel von Marshalls klassischem Text wird deutlich, dass die so verstandene ›Bürgerschaft‹ etwas mit der Klassenstruktur moderner Gesellschaften zu tun hat. Und dass die moderne Demokratie mithin, so lässt sich der Gedanke unmittelbar weiterführen, in Verbindung steht mit der modernen Marktökonomie. Den theoretischen Schlüssel zu diesem Verhältnis stellen besagte Berechtigungspositionen dar, die von Marshall – die englische Sozi-

algeschichte vor Augen – als Elemente eines über Jahrhunderte hinweg angereicherten, in der Nachkriegsdemokratie seinen Höhepunkt findenden Bürgerstatus gedacht werden. In ihrem damals vorläufigen historischen Endstadium (Marshall schreibt dies, wie gesagt, in den späten 1940er Jahren) zeichnet sich die demokratische Gesellschaft dann dadurch aus, dass sie ihren Bürger*innen jene politische Teilhabe gewährleistet, die es ihnen ermöglicht, über die Verhältnisse ihrer sozialen Existenz mitzubestimmen (eine soziale Existenz, die wiederum maßgeblich durch ökonomische Faktoren beeinflusst wird).

Um diese Elemente, um die Struktur ihrer Verknüpfung und die Dynamik ihrer Beziehungen, geht es also: Um die ökonomisch bedingte Lebensweise der Menschen und die rechtliche Ermächtigung zu ihrer politischen Gestaltung. Knapper lässt sich kaum auf den Punkt bringen, dass sich die moderne Demokratie – als gesellschaftliche Lebensform – nur in Verbindung mit weiteren sozialen Makrostrukturen denken lässt. Nämlich, auf der einen Seite, dem modernen Kapitalismus, als Ensemble der ökonomischen Bedingungen und Bedingtheiten sozialer Existenz, und, auf der anderen Seite, dem modernen Staat, in seiner Gestalt als Rechts- und Wohlfahrtsstaat, als Arrangement der politischen Regulierung eben jener sozioökonomischen Bedingungen und Bedingtheiten.

Der konzeptionelle Kunstgriff Marshalls bestand nun darin, diesen überaus komplexen Zusammenhang in einer einzigen analytischen Dimension zu bündeln, nämlich im Prozess der Inklusion – und letztlich Vollinklusion – in ein gesellschaftliches System von Berechtigungen. Im Einzelnen vollzieht sich dieser Prozess in vier Anläufen, die mit

der Etablierung von *vier Welten der Berechtigung* verbunden sind:

1. Bürger*innen werden demnach überhaupt erst zu ebensolchen durch die Zuerkennung von *bürgerlichen* Rechten, im Sinne von Verfügungsrechten über sich selbst: über die eigene Person, den eigenen Körper, den eigenen Geist.
2. Solchermaßen in den Bürgerstatus versetzt, ermöglicht der Zugang zu *politischen* Rechten es den zur Selbstbestimmung befähigten Subjekten, an jenen Entscheidungen teilzuhaben, die – via Gesetzgebung – alle Bürger*innen gleichermaßen in ihrem Handeln binden sollen.
3. Über solch kollektiv bindenden Entscheidungen wiederum wird auch die Garantie *sozialer* Rechte möglich, die es den Bürger*innen erlauben, in einer kapitalistischen Ökonomie als handlungsfähige Marktakteure aufzutreten: Für Marktbürger*innen stellt das Recht auf Zugang zu öffentlichen Systemen der Bildung, Gesundheitsversorgung und Einkommenssicherung sowohl die Voraussetzung ihres Arbeitsmarkterfolgs wie auch eine Rückfallposition für den Fall seines Ausbleibens dar.
4. Schließlich macht die Tendenz zur Ausdehnung der Bürgerrechte auch nicht vor den Toren jener Organisationen halt, in denen die Bürger*innen ihre Beschäftigungs- und Einkommenschancen suchen. Mit *industriellen* Rechten ausgestattet, werden sie auch als Lohnabhängige im Betrieb zu Rechtssubjekten, die in Fragen der Arbeits- und Arbeitsplatzgestaltung zu hören und zu beteiligen sind.

Rechte machen Leute: Es ist die Anhäufung und Kombination von Berechtigungspositionen, die den modernen Bürgerstatus ausmacht. Erst sie lässt die moderne Gesellschaft zur Demokratie werden, zu einer Gesellschaft, deren Dreh- und Angelpunkt die Idee einer rechtlich verbürgten, basalen Gleichheit ist. Demokratie ist dann eben nicht mehr nur eine Regierungs-, sondern eine Lebensform. Sie ist die moderne Form der Organisation des sozialen Lebens, deren Besonderheit und Essenz in der »Gleichheit der gesellschaftlichen Bedingungen« besteht.[7]

Mit Marshalls Konzeption moderner Demokratien als gesellschaftlichen Inklusionsmaschinen ist die Vorstellung anhaltenden demokratischen Fortschritts sozialwissenschaftlich gesetzt; über die an Marshall anschließende Modernisierungstheorie des US-amerikanischen Soziologen Talcott Parsons geht sie nach 1945 ins Standardrepertoire der westlichen Soziologie ein. *Citizenship* gilt seither als der große Gleichheitsgenerator: Immer mehr Personengruppen, die in den Genuss von immer zahlreicher werdenden Rechtsansprüchen kommen. Demokratie als System gleicher Berechtigung schien eigenlogisch vor sich hin zu prozessieren. Crouchs Parabel, mit ihrer Symbolik eines lang andauernden Aufstiegs, ist Sinnbild dieser demokratischen Fortschrittserzählung, die sich mit dem Mauerfall 1989 und dem anschließenden Ausgriff der modernen Inklusionsdynamik auch auf den ehedem autoritär-staatssozialistisch beherrschten Teil der Welt nochmals eindrucksvoll zu bestätigen schien. Das Drehbuch der modernen Demokratie – die Eröffnung immer neuer Berechtigungsräume – schrieb sich geradezu von selbst.